



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 14.06.2018**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:34 Uhr bis 18:51 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähnig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, von 16:55 Uhr bis 17:35 Uhr abwesend
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Dr. phil. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 17:24 Uhr
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Dr. Toralf Fischer	Beauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Jörg Baus	Fachbereichsleiter Soziales
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Dr. Uta Schwarzer	Abteilungsleiterin Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung/ Amtstierärztin
Heike Schaarschmidt	Referentin des Geschäftsbereichs Bildung und Soziales
Sylke Bühler	Sozialplanerin
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

Gäste:

Herr Müller	House of Resources
Frau Anyaegbu und Herr Aleed	Ausländerbeiräte
Frau Hartge-Kanning	Stellvertreterin des Landesgeschäftsführers DRK

Entschuldigt fehlten:

Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin

zu **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Einwohnerfragen vor und **Frau Haupt** beendete die Einwohnerfragestunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Es gab keine Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.05.2018
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Neuausrichtung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“
Vorlage: VI/2018/04093
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Vorstellung des House of Resources – Halle
- 7.2. Vorstellung des neuen Ausländerbeirates
- 7.3. Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung nach dem „Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA)“
- 7.4. Auswertung Veranstaltung 12. Hallesches Begegnungsfest von und für Menschen mit und ohne Behinderung (5. Mai 2018)
- 7.5. Bericht zum Treffen des Runden Tisches Tierschutz

- 7.6. Information zur Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Versorgung von einkommensschwachen Menschen - VI/2018/04019
- 7.7. Petition Geschütztes Wohnen für Menschen mit Demenz
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 17.05.2018

Es gab keine Einwände zur Niederschrift.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 5.1 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Neuausrichtung des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“
Vorlage: VI/2018/04093**
-

Herr Helmich brachte den Antrag ein.

Herr Matviyets sagte, dass die Stellungnahme nicht nachvollziehbar ist und nach der Veranstaltung zur Vorstellung des Modells am 22.02.18 noch viele offene Fragen im Raum standen. Der Präventionsrat wurde zu wenig beteiligt, laut **Herrn Matviyets**.

Frau Dr. Schöps sagte, dass der Anlass für den Antrag, die Unzufriedenheit des Präventionsrates ist, welche die Mitglieder den Fraktionen deutlich gemacht haben. Es wird ein außenstehender Moderator benötigt. Es muss keine teure Beratungsfirma dafür beauftragt werden, Frau Dr. Schöps hatte die Idee dies über eine Vereinsstruktur zu finden.

Herr Bönisch äußerte sich negativ zu der Idee eines Moderators, er sieht darin keine Lösung des Problems.

Herr Schachtschneider sagte, dass die AGs mit Moderator und verschiedenen Themen bereits angedacht sind. Die Bereitschaft zur Veränderung ist da. Er sagte, dass der tiefere Einblick zu verschiedenen Zeiträumen fehlt.

Frau Haupt sagte, dass es einen Beschluss zum Präventionsrat gibt, in denen die Tätigkeitsberichte eine Rolle spielen. Aufgrund der fehlenden Umsetzung des Beschlusses wurde diese Initiative gestartet.

Dr. Drygalla sagte, dass bei einer professionellen Moderation nicht die inhaltliche Verantwortung, sondern die Prozessverantwortung abgegeben wird. Bei der Moderation würde geschaut werden, wie die Möglichkeiten erweitert werden können.

Herr Bönisch stellte einen Geschäftsordnungsantrag, um den Antrag als erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis GO Antrag SKE: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis GO Antrag Stadträte: **mehrheitlich abgelehnt**

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Der Präventionsrat wird in seiner Struktur neu gefasst. Die Verwaltung wird beauftragt, zu diesem Zweck ein extern moderiertes Dialogverfahren mit den Mitgliedern des „Präventionsrates gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ und der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit anzustoßen und zu begleiten. Um sich eine neue Struktur zu geben, ist ein Mehrheitsbeschluss im Gremium notwendig. Die neue Struktur des Präventionsrates soll mit dem 01.01.2019 in Kraft treten. Ziel des Dialogverfahrens soll sein,
 - a. die bisherigen Strukturen und Arbeitsweisen des Präventionsrates zu hinterfragen und neu zu fassen,
 - b. die zivilgesellschaftliche Arbeit in der Stadt Halle (Saale) zu analysieren, Synergien mit dem Präventionsrat herzustellen und Doppelstrukturen zu vermeiden,
 - c. neue Mitgliedschaften im Präventionsrat zu ermöglichen und konkrete Mitglieder für den Präventionsrat zu definieren und zu gewinnen,
 - d. die Aufgabenbereiche der mit Stadtratsbeschluss VI/2017/03679 geschaffenen 0,5 VZE-Personalstelle zu definieren,
 - e. Art und Verantwortlichkeiten eines Berichtwesens gegenüber Stadtverwaltung und Stadtrat festzulegen,
 - f. ein Sachkostenbudget für die Arbeit des Präventionsrates zu definieren.
2. Zu dem in Punkt 1 vorgeschlagenen Dialogverfahren sollen über die bereits aktiven Mitglieder des Präventionsrates interessierte Vertreter*innen folgender Bereiche der Gesamtgesellschaft zur Teilnahme aufgefordert werden: Jugend, Bildung, Gesundheit, Wirtschaft, Senioren, Gleichstellung, Integration, Opferschutz und Kirchen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, nach gefasstem Beschluss des Präventionsrates zur Neuausrichtung des Gremiums die geltende Beschlusslage III/2001/01855 anzupassen und dem Stadtrat spätestens zur Stadtratssitzung im Dezember 2018 zum Beschluss vorzulegen.

4. Der Präventionsrat gibt sich nach der Bestätigung der Neustrukturierung eine neue Geschäftsordnung, die dem Stadtrat zur Kenntnis gereicht wird.
5. Der Präventionsrat legt der Stadtverwaltung und dem Stadtrat in seiner beratenden Funktion einen jährlichen Tätigkeitsbericht mit Handlungsempfehlungen für die Präventionsarbeit in der Stadt Halle (Saale) vor.
6. Ein im Zuge der Neustrukturierung im Dialogverfahren definiertes Sachkostenbudget ist von der Stadtverwaltung in den Haushaltsplanungen für die Jahre 2019 ff. zu berücksichtigen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorstellung des House of Resources – Halle

Herr Müller erklärte die Schwerpunkte des Projektes. Er sagte, dass Migrant*innen beraten werden und ihnen geholfen wird, sich zu vernetzen. Des Weiteren werden migrantische Organisationen gefördert und es erfolgt eine Begleitung bei der Vereinsgründung. Das Projekt geht im August 2019 zu Ende und derzeit hofft man auf eine Verlängerung, da die Arbeit sehr gut angenommen wird.

Herr Senius fragte, wie viele Förderanträge mit welchen Fördersummen gestellt wurden.

Herr Müller sagte, dass 40.000 Euro insgesamt gefördert wurden und davon viele kleine bis 500 Euro und weniger große Anträge gestellt wurden.

Herr Senius fragte, welche Drittmittel für 2019 benötigt werden.

Herr Müller antwortete, dass 15.000 Euro benötigt werden.

Herr Helmich fragte, wann eine Information des Landes zur Fortführung des Projekts erwartet wird.

Herr Müller antwortete, dass das Projekt in Stuttgart bereits um ein halbes Jahr verlängert wurde und die Information bald kommen sollte. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten wurden jedoch trotzdem in Betracht gezogen.

zu 7.2 Vorstellung des neuen Ausländerbeirates

Es ist eine Präsentation im Session hinterlegt.

Frau Anyaegbu und **Herr Aleed** stellten die Arbeit des Ausländerbeirates vor. Herr Helmich fragte, wie die Raumkapazität ist.

Herr Alleed erklärte, dass der Raum im Ratshof für zwei Stunden in der Woche nicht ausreicht und es bedarf jemanden, der die Organisation übernimmt.

Herr Senius bat um Hinweise, wenn in irgendeiner Form die Integration von Ausländern behindert wird.

zu 7.3 Integrierte Sozial- und Jugendhilfeplanung nach dem „Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA)“

Frau Bühler sagte, dass eine neue Planungsgrundlage dem Land vorgelegt werden muss. Die Suchtberatungsstellen und die Familienberatungsstellen wurden bisher vom Land gefördert. Es gibt keine Besonderheiten, das Geld ist ausreichend. Bei der Wartezeit auf Beratungstermine gibt es keine Änderungen, nur bei den Schwangerenberatungsstellen gibt es eine Steigerung im Bereich der Beratung zu verschiedenen Leistungen. Es gibt Sprachbarrieren, die aber durch Sprachmittler versucht werden zu überwinden.

Herr Schachtschneider fragte, ob die Suchtberatungsstellen auch eine Erhöhung verzeichnen.

Frau Bühler sagte, dass zu einer Erhöhung keine Informationen vorliegen.

zu 7.4 Auswertung Veranstaltung 12. Hallesches Begegnungsfest von und für Menschen mit und ohne Behinderung (5. Mai 2018)

Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Herr Dr. Fischer und **Frau Hartge-Kanning** führten in das Thema ein.

Frau Dr. Schöps fragte, warum es trotz Mitwirkung noch so viele Defizite im Wohnungspolitischen Konzept gibt.

Herr Dr. Fischer sagte, dass er eine Stellungnahme dazu abgegeben hat.

Herr Helmich schlug vor die Geschäftsführungen der kommunalen Wohnungsunternehmen in den SGGa einzuladen und zu diesem Thema zu befragen.

Herr Bönisch äußerte sich positiv zu der Idee des Ortswechsels auf den Marktplatz.

zu 7.5 Bericht zum Treffen des Runden Tisches Tierschutz

Frau Dr. Schwarzer berichtete von dem Treffen. Von den vier Tierschutzvereinen waren drei anwesend sowie Vertreter der Fraktionen. Die Erwartungen wurden abgefragt und die Probleme wurden angesprochen. Der Umgang mit herrenlosen Tieren, sowie die Installation eines Taubenschlags am Stadthaus waren ein Thema. Es ging um eine Kastrationsvereinbarung und die gleichmäßige Mittelverteilung wurde besprochen. Zum nächsten Termin müssen dringend Vertreter des Tierheims anwesend sein.

Herr Senius fragte, ob die Fördermittel des Landes für den Tierschutz für den laufenden Betrieb oder für Instandsetzungen dienen.

Frau Dr. Schwarzer antwortete, dass sie für Baumaßnahmen vorgesehen sind.

Herr Schied schilderte seinen Eindruck von dem Gespräch. Er sagte, dass unterschiedliche Welten aufeinander trafen und Probleme besprochen wurden, die weit zurückliegen. Herr Schied regte an, den Runden Tisch mindestens einmal im Jahr stattfinden zu lassen.

Frau Dr. Schwarzer sagte, dass der Runde Tisch gerne beibehalten werden soll, aber dafür die Teilnahme der Stadträte wichtig ist.

Frau Seidel-Jähni fragte, ob dem Zoo bereits Ergebnisse mitgeteilt wurden.

Frau Dr. Schwarzer sagte, dass alles beim nächsten Termin besprochen werden soll.

zu 7.6 Information zur Anfrage der CDU/FDP-Fraktion zur Versorgung von einkommensschwachen Menschen - VI/2018/04019

Die Information ist schriftlich im Session hinterlegt.

Herr Schachtschneider ergänzte, dass das Sozialkaufhaus Am Meeresbrunnen 5 ebenfalls noch existiert.

zu 7.7 Petition Geschütztes Wohnen für Menschen mit Demenz

Die Information ist schriftlich im Session hinterlegt.

zu 7.8 Folgen des Beschlusses zur Ausgestaltung des Halle Passes A

Frau Brederlow sagte, dass der Umsetzungstermin 24.10.2018 nicht zu halten ist. Sie schlug vor, erste Schritte umzusetzen und schlug ein Arbeitsgespräch mit allen Fraktionen vor.

zu 7.9 Auftaktveranstaltung 06. Juni 2018 Strategiekonzept Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Halle (Saale)

Frau Dr. Gröger informierte die Mitglieder über die Veranstaltung. In der Nachbesprechung folgt man der Anregung und formuliert aus den Leitlinien sogenannte Leitsätze. Es wird nochmal inhaltliche Gespräche geben. Ziel ist es die Beteiligten aufzufordern Ihre Anmerkungen mit Ideen zu untermauern.

Frau Dr. Schöps fragte, inwieweit die Erarbeitung des Konzeptes durch die Psychiatrie- und SuchtkoordinatorIn erfolgen wird.

Frau Dr. Gröger antwortete, dass es eine Hauptaufgabe sein wird.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Dr. Drygalla zur Stellenausschreibung Neugeborenenbegrüßung

Frau Dr. Drygalla fragte nach dem Stand der Ausschreibung einer Stelle zur Neugeborenenbegrüßung, die zum 01.06.2018 erfolgen sollte.

Frau Dr. Gröger sagte, dass für die drei neu geschaffenen Stellen Stellenbeschreibungen erstellt wurden und die Ausschreibung nun formuliert werden soll.

zu 8.2 Herr Helmich zum Pflegebericht

Herr Helmich fragte, ob das Thema „Wohnen mit Demenz“ im Pflegebericht eine Rolle spielt.

Frau Brederlow antwortete, dass dies keine Rolle spielt, da der Bericht einen Überblick geben soll.

zu 8.3 Herr Schied zur Erstattung von Kita-Gebühren

Herr Schied fragte, zu der Rückerstattung der Kitabeiträge, warum erst jetzt geprüft wird, ob Planstellen verschoben werden können, da der Rückstau bereits ein Jahr umfasst.

Frau Brederlow antwortete, dass der Stau aufgrund der Rechtsänderung entstanden ist. Im Stellenplan sind nicht die Stellen, die dafür benötigt werden würden.

In anderen Bereichen entstehen aufgrund von Teilzeitbeschäftigung eventuell Kapazitäten, die Ausgeschrieben werden können. Das dafür benötigte Personal ist jedoch schwer zu finden, laut **Frau Brederlow**.

zu 8.4 Herr Gernhardt zur Beantragung von Aufstockungsleistungen

Herr Gernhardt sagte, dass Mitarbeiter in Behindertenwerkstätten monatlich beim Sozialamt ihre Einkünfte nachweisen müssen, um ihre Aufstockungsleistungen zu erhalten. Er fragte, ob dies bei einem gleichbleibenden Gehalt notwendig ist und ob dafür eine andere Lösung gefunden werden kann.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher ist im Session hinterlegt.

Frau Dr. Drygalla fragte, wann der „Bericht zur Pflege von älteren Menschen“ vorgelegt wird.

Frau Brederlow antwortete, dass dieser im September vorgelegt wird.

Frau Dr. Drygalla bat darum, das Thema Transsexualität weiter zu fassen. Es geht um Gender diversity Kompetenz bei MitarbeiterInnen und EntscheidungsträgerInnen der Stadt Halle.

Frau Wildner sagte, dass noch in diesem Jahr eine Schulung der Mitarbeiter erfolgen soll.

Frau Haupt regte an, die Kontaktstelle für Selbsthilfe einzuladen.

Herr Senius regte an, die ergänzende unabhängige Teilhabeberatung einzuladen, um zu berichten, welche Erfahrungen diese mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes haben

Frau Haupt informierte darüber, dass der Ombudsmann nochmals eingeladen wird.

Frau Haupt beendete den öffentlichen Teil.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin